



Antrag

der Abgeordneten **Franz Bergmüller, Gerd Mannes, Uli Henkel** und **Fraktion (AfD)**

Zusammenhängende Landschaftsräume und Ressourcenschonung dürfen die Siedlungsentwicklung nicht behindern (LEP 3.1.1)

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über das Landesentwicklungsprogramm Bayern (LEP) (Drs. 18/25267) in § 1 Abs. 4 Nr. 7 Buchst. b Doppelbuchst. bb dahingehend zu ändern, dass die geplante Erweiterung „den Mobilitätsanforderungen, der Schonung der natürlichen Ressourcen und der Stärkung der zusammenhängenden Landschaftsräume“ ersatzlos gestrichen wird.

Begründung:

Angesichts des ungebremst starken Zuzugs nach Bayern ist eine ausgewogene Siedlungsentwicklung anzustreben. Wir dürfen uns nicht nur an der Schonung der natürlichen Ressourcen und am Erhalt zusammenhängender Landschaftsräume orientieren. Aufgrund der stetig wachsenden Bevölkerungszahl sind neue Wohn- und Gewerbegebiete dringend notwendig. Der Wohnraummangel nimmt immer weiter zu, Normalverdiener können sich die Mieten nicht mehr leisten. Dies bestätigt auch ein Bericht von BR24 vom 18. Dezember 2022¹. Derzeit gibt es, laut Einschätzung der Staatsregierung, in Bayern mehr als 200 „Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“. Die Einordnung der „Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt“ hat der Freistaat Bayern vorgenommen. Damit sind Kommunen gemeint, in denen die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen besonders gefährdet ist. Dies geht aus der „Gebietsbestimmungsverordnung Bau“ hervor, die die Staatsregierung im September 2022 beschlossen hat. Die Gebiete wurden anhand verschiedener statistischer Daten ermittelt. Überraschenderweise ist darin jede zehnte bayerische Kommune aufgeführt – neben Großstädten finden sich auch zahlreiche Gemeinden im ländlichen Raum. Der Großteil liegt in der Nähe von Ballungszentren wie München, Augsburg oder Nürnberg. Das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr spricht von „Übersprungseffekten“. Auf der Liste stehen aber auch viele mittelgroße und kleine Orte. Wir brauchen also dringend eine Wohnungsbauoffensive und keine ideologischen Verhinderungsmaßnahmen.

¹ <https://www.br.de/nachrichten/bayern/wohnungsnot-im-dorf-helfen-neue-regeln-von-bund-und-freistaat,TPGDm4W>